Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9581**

14. Wahlperiode 26. 06. 2002

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Willi Brase, Klaus Barthel (Starnberg), Hans-Werner Bertl, Ulla Burchardt, Dr. Peter Eckardt, Lothar Fischer (Homburg), Ulrich Kasparick, Siegrun Klemmer, Horst Kubatschka, Ernst Küchler, Dietmar Nietan, Dr. Edelbert Richter, René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Dr. Angelica Schwall-Düren, Bodo Seidenthal, Jörg Tauss, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Christian Simmert, Hans-Josef Fell, Dr. Reinhard Loske, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/8950 –

Berufsbildungsbericht 2002

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ausbildungsbilanz 2001 ist erneut positiv: Zum zweiten Mal seit 1995 gab es damit am Ende eines Ausbildungsberichtsjahres mehr offene Ausbildungsstellen als Bewerber. Bundesweit überstieg die Anzahl Ausbildungsstellen die Anzahl Bewerber Ende September 2001 um 4 073.

Die Ausbildungschancen der Jugendlichen haben sich im Jahr 2001 weiter verbessert. Die Anzahl der am 30. September 2001 als noch unvermittelt gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen (20 462) ist im Vergleich zu 1998 um rund 43 % gesunken. Bis Ende Dezember 2001 konnte – unterstützt durch die im Ausbildungskonsens des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vereinbarten Nachvermittlungsaktionen – die Anzahl dieser Jugendlichen deutlich um 57 % auf rund 8 700 verringert werden. Die zu diesem Zeitpunkt noch besetzbaren betrieblichen sowie die in staatlichen Programmen noch verfügbaren Ausbildungsplätze reichten aus, um allen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot machen zu können. Insbesondere das „Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit“ (JUMP) hat sich hierbei erneut als sehr erfolgreich erwiesen.

Es gibt jedoch noch immer große regionale Unterschiede bei der Versorgung mit Ausbildungsplätzen. In den neuen Ländern existieren immer noch weniger betriebliche Ausbildungsplätze als Bewerber. Der Anteil betrieblicher Ausbildungsplätze beträgt lediglich rund 60 %. Die im Ausbildungskonsens verein-

barte Zusage „Jeder junge Mensch, der kann und will, wird ausgebildet“ lässt sich in den neuen Ländern nur mit Hilfe erheblicher staatlicher Unterstützung einlösen.

Durch den Ausbildungskonsens im Bündnis für Arbeit konnten die bereits erreichten selbsttragenden Kooperationsstrukturen zur Mobilisierung von betrieblichen Ausbildungsplätzen weiter verbessert werden. Die bisherige erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung“ im Bündnis für Arbeit wirkte unterstützend.

Die Bundesregierung hat den Modernisierungsprozess des dualen Systems der Berufsausbildung konsequent fortgesetzt. In den letzten drei Jahren sind insgesamt 43 Ausbildungsberufe aktualisiert und zehn neue Berufe geschaffen worden. Für weitere 19 Berufe treten die Ausbildungsordnungen zum 1. August 2002 in Kraft.

Mit der bereits im Sommer 1999 im Bündnis für Arbeit vereinbarten „Offensive gegen den IuK-Fachkräftemangel“ ist es gelungen, die Ausbildungsplätze in den IuK- und Medienberufen von 14 000 auf über 55 000 im Jahr 2000 zu erhöhen. Allein im Jahr 2001 wurden rund 28 500 neue Lehrverträge abgeschlossen. Insgesamt lag die Zahl der Ausbildungsplätze im Jahr 2001 bei deutlich über 70 000. Damit wurde das Ziel des Bündnisses für Arbeit, bis zum Jahr 2003 60 000 IT-Ausbildungsplätze zu realisieren bereits jetzt erreicht. Der Anteil weiblicher Auszubildender wird mit 14 % häufig als gering bezeichnet. Im Vergleich zu anderen gewerblichen technischen Berufen z. B. in der Elektrobranche, am Bau, bei Metall und in der Fahrzeugtechnik, handelt es sich aber um eine beachtliche Zahl, für diese junge Branche. Den Absolventen der IT-Ausbildungen werden mit der neuen Fortbildungsverordnung attraktive berufliche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten geboten, die für anspruchsvolle Tätigkeiten auch auf Hochschulniveau befähigen und zugleich dem differenzierten Qualifikationsbedarf der Branche Rechnung tragen.

Die Bundesregierung hat mit dem Programm „Zukunftsinitiative Berufsschule 2001 – 2002“ (ZIBS) die Berufsschulen gestärkt und ca. 130 Mio. Euro (255 Mio. DM) aus UMTS-Zinsersparnissen für die Modernisierung der Berufsschulen mit IuK-Technik bereitgestellt.

Die Mitbestimmung junger Leute in Form von Beteiligung, Verantwortung und Teilhabe ist ein wesentlicher Faktor, um das Qualifikationsniveau der Auszubildenden voranzutreiben. Für die rund 130 000 Auszubildenden in außerbetrieblichen Berufsbildungseinrichtungen, die von den geltenden Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen nicht erfasst werden, werden nun durch eine Gesetzesänderung im Berufsbildungsgesetz vergleichbare Interessenvertretungen geschaffen.

Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der allgemeinbildenden Schulen, die für die Aufnahme einer dualen Berufsausbildung erforderliche Ausbildungsreife der Schüler und Schülerinnen sicherzustellen. Die rot-grüne Bundesregierung hat die Möglichkeit zur vertieften Berufswahlorientierung nach dem Sozialgesetzbuch III (SGB III) durch das „Gesetz zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ (Job-AQTIV-Gesetz) deutlich verbessert. Hier liegen Möglichkeiten, den Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge, der derzeit mit ca. 23 % zu hoch ist, durch eine sinnvolle berufliche Orientierung zu senken.

Bei allen positiven Tendenzen muss jedoch auch in diesem Jahr festgestellt werden, dass ohne die Anstrengungen der öffentlichen Hand – insbesondere in den neuen Bundesländern – kein so gutes Ergebnis zu realisieren gewesen wäre. Bedingt durch die aktuelle ungünstige Konjunkturentwicklung, aber auch durch kurzfristiges Kostendenken der Unternehmen kommt die Wirtschaft nicht nur weiterhin ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht ausreichend nach, nach den

jüngsten vorliegenden Zahlen scheint sich diese Entwicklung sogar wieder zu verstärken.

Die anstehenden demografischen Entwicklungen und der damit einhergehende, bereits prognostizierte Fachkräfte- und Akademikermangel machen deutlich, dass die Wirtschaft ihre Ausbildungsanstrengungen weiter erhöhen muss, damit die heute jungen Leute für künftige Entwicklungen fit gemacht werden. Die Wirtschaft ist gefordert, aus eigener Kraft Ausbildungsplätze zu schaffen und damit im Hinblick auf den absehbar steigenden Fachkräftebedarf in die eigene Zukunft zu investieren.

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), das gesetzliche Beratungsgremium der Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der beruflichen Bildung, weist in seiner Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2002 insbesondere auf die gestiegene Mobilität und Flexibilität der Ausbildungssuchenden hin. Es sei nicht zu verkennen, dass bei bundesweit zunehmenden regionalen Diskrepanzen der überregionale Ausgleich an Bedeutung gewinne und zu einem insgesamt ausgeglichenen Ausbildungsmarkt in Deutschland beitrage. Jedoch bestehe bei einer Verstetigung dieses Abwanderungstrends die Gefahr einer weiteren Verschlechterung des Entwicklungspotenzials wirtschaftlich schwächerer Regionen Ostdeutschlands, da gerade besonders leistungsstarke und hoch motivierte Ausbildungssuchende eine höhere Bereitschaft zur regionalen und überregionalen Mobilität aufwiesen und als gut qualifizierte Fachkräfte für die Region ausfallen.

Diese Erkenntnis des Hauptausschusses muss sich die Wirtschaft zu Eigen machen, wenn es um die Frage der Schaffung von Ausbildungsplätzen geht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ihre Aktivitäten auf folgende Schwerpunkte zu richten:

- Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bekräftigung der Bundeseinheitlichkeit der beruflichen Bildung im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung und erteilt Konzepten der Aufweichung des Berufskonzepts durch Basisberufe, die nur einen Teil der Ausbildungszeit umfassen, eine Absage.
- An der grundlegenden Orientierung der Reformpolitik zur beruflichen Bildung am Ausbildungskonsens muss festgehalten werden. Insbesondere kommt der Verknüpfung der Jugendberufshilfe mit der regionalen Arbeitsmarktpolitik im Rahmen des Ausbildungskonsens größeres Gewicht zu, auch mit Blick auf die Notwendigkeit, diesen Konsens noch stärker regional einzubinden. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in dieser Richtung verstärkt aktiv zu werden.
- Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung die Weiterführung des JUMP-Programms durch entsprechende Finanzmittel bis Ende 2003 sichergestellt hat und weiterhin dafür Sorge tragen will, dass mehr als die Hälfte der Finanzmittel für JUMP in Maßnahmen in den neuen Bundesländern fließen. Ungeachtet dessen muss in den neuen Bundesländern vorrangiges Ziel bleiben, ein von Betrieben, privaten Dienstleistern und Verwaltungen selbst getragenes und finanziertes Ausbildungsplatzangebot zu schaffen. Der Deutsche Bundestag begrüßt die von der Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung“ im „Bündnis für Arbeit“ mit Blick auf die neuen Länder vereinbarten Maßnahmen. Aktivitäten zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze sind hier weiterhin von höchster Dringlichkeit.
- Das BIBB hat in seiner kürzlich unter 600 Betrieben und ca. 1 000 Auszubildenden erhobenen „Evaluation der neuen IT-Berufe“ festgestellt, dass die vier neuen IT-Berufe sich bewährt haben. Trotz der Krise der „New Economy“ ist die Nachfrage nach diesen Berufen ungebrochen. Die Bundes-

regierung wird aufgefordert, trotz der aktuellen, rein konjunkturell bedingten Schwäche des IT-Sektors ihre bislang sehr erfolgreiche IT-Offensive ohne Einschränkung fortzuführen.

- Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die positiven Erfahrungen bei der Modernisierung der Berufsbildung durch den Einsatz moderner IuK-Technik auch in anderen Ausbildungsbereichen wie Handwerk und Landwirtschaft und im öffentlichen Dienst umzusetzen. Mögliche Blockaden gegen neue Ausbildungsberufe sind zu beseitigen.
- Der Trend zur Ausbildung nach Landesrecht außerhalb von BBiG und HwO in Berufsfachschulen nimmt zu. Hier sollte die Bundesregierung darauf drängen, dass diese Formen von vollzeitschulischer Ausbildung nicht den Trend zum Rückzug der Wirtschaft aus der Ausbildungsverpflichtung und zum Bedeutungsverlust der dualen Berufsausbildung verstärken.
- Im 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung wird die zentrale Rolle der Beruflichkeit und der Erwerbsarbeit für die Lebensplanung von Jungen und Mädchen herausgestellt; der Beruf ist nach wie vor ein zentrales identitätsstiftende Element in unserer Gesellschaft. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass Eltern angesichts des beschleunigten Wandels der Arbeits- und Berufswelt bei der beruflichen Orientierung ihrer Kinder z. T. Hilfe und Unterstützung benötigen. Der Schule, der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere der Jugendberufshilfe komme daher wachsende Bedeutung zu. Alle zuständigen Ebenen sollten dem noch stärker Rechnung tragen.
- Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass die geringe Nachfrage junger Frauen nach IT-Berufen noch immer ein Problem ist. Der Frauenanteil in diesen Berufen bewegt sich der zitierten BIBB-Evaluation zufolge zwischen 5 % (IT-System-Elektroniker/in) und 30 % (IT-System-Kaufmann/frau). In diesem Zusammenhang begrüßt der Deutsche Bundestag die Programme der Bundesregierung „Lehrerinnen und Schülerinnen ans Netz“, „Frauen ans Netz“, die Aktion „Ausbildung von Mädchen zu IT-Mentorinnen“ sowie die Einrichtung des Kompetenzzentrums „Frauen in der Informationsgesellschaft und Technologie“. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in diesem Bereich ihre Anstrengungen weiter zu verstärken. Die Möglichkeiten des „Job-AQTIV-Gesetzes“ sind insbesondere zur Erhöhung des Anteils von Frauen und Mädchen in IuK-Ausbildungen zu mobilisieren.
- Die Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher stellt weiterhin ein großes Problem dar. Auch Schulentlassene, ohne Abschluss, müssen attraktive Angebote erhalten. Der Deutsche Bundestag begrüßt das Programm der Bundesregierung „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (BQF-Programm), in welchem mit einem Etat von insgesamt 53,7 Mio. Euro und einer Laufzeit von fünf Jahren (2001 bis 2005) betroffenen Jugendlichen geholfen werden soll, die alleine nicht ihren Weg in Ausbildung und Beruf finden. Mit diesem Programm sollen auch die Qualifizierungsmöglichkeiten von Migranten und Migrantinnen verbessert und ihre Ausbildungsbeteiligung erhöht werden. Der Aufbau örtlicher Netzwerke ist gezielt zu unterstützen. Eine regelmäßige Berichterstattung soll Auskunft über die Wirksamkeit dieses Programms geben.
- Die Zertifizierung von Teilqualifizierungen in einem Qualifikationspass ist häufig ein sinnvolles Instrument, um lernschwachen Jugendlichen den Zugang in das Berufsleben zu erleichtern. Die Teilqualifizierungen müssen aber jeweils auf vollwertige Berufe hinführen; sie dürfen diese nicht ersetzen.
- In Deutschland zeichnet sich aufgrund der demografischen Entwicklung nicht nur ein Fachkräfte-, sondern auch ein Akademikermangel ab. Der

Deutsche Bundestag strebt daher an, die Strukturen zum Erwerb von Höchstqualifikationen über die berufliche Aus- und Weiterbildung weiterzuentwickeln und begrüßt als Schritt in die richtige Richtung die zum 1. Januar 2002 durchgeführte Reform des „Meister-BAföG“. Die neue Fortbildungsverordnung des BMBF für den IT-Bereich ist ein innovatives Beispiel für die bessere Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung. Sie eröffnet berufliche Perspektiven, die bislang überwiegend Hochschulabsolventen vorbehalten waren, und kann auch zu mehr Durchlässigkeit im Hinblick auf die Aufnahme eines Hochschulstudiums führen. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems muss weiter erhöht werden.

- Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass die Grenzen zwischen früher klar markierten Bildungsbereichen fließender werden. Aus- und Weiterbildung, berufliche Bildung und Allgemeinbildung, die Förderung der Schlüsselqualifikationen und der Erwerb von Fremdsprachen werden zu unterschiedlichen Aspekten eines lebenslangen Lernprozesses.
- Der Bundestag begrüßt die Initiativen der Bundesregierung auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung, die folgende Ziele verfolgen:
  - durch die Einrichtung einer Stiftung Bildungstest den Verbraucherschutz und den Qualitätswettbewerb zu stärken,
  - durch die Expertenkommission „Kommission zur Finanzierung Lebenslangen Lernens“ die Fragen der Bildungsfinanzierung in allen Stationen der Aus- und Weiterbildung auch im internationalen Vergleich zu untersuchen,
  - mit der Jobrotation ein Instrument der Arbeitsmarktpolitik mit der beruflichen Weiterbildung zu verknüpfen,
  - mit dem Aktionsprogramm „Lebensbegleitendes Lernen für alle“ im Finanzvolumen von über 250 Mio. Euro Weiterbildung zu fördern,
  - die Vernetzung von Weiterbildungsakteuren in den Regionen durch das Programm „Lernende Regionen“ zu stärken.

  Der Deutsche Bundestag erwartet eine Intensivierung und Verstetigung dieser Anstrengungen, um die berufliche Weiterbildung auszubauen und zu stärken. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich dabei verstärkt für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung einzusetzen.
- Der Annäherung der Systeme der beruflichen Bildung in einem vereinten Europa mit der darin gegebenen Arbeitsplatzwahlfreiheit kommt immer stärkere Bedeutung zu, denn Mobilität und Auslandserfahrungen sind ein Plus auf dem Arbeitsmarkt. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Unterstützung des „EUROPASS Berufsbildung“ durch die Bundesregierung. Deutschland liegt mit rund 12 000 ausgegebenen Europässen mit großem Vorsprung an der Spitze Europas. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Bemühungen zur Internationalisierung der beruflichen Bildung zu verstärken.

Berlin, den 26. Juni 2002

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333